

NACH 19 JAHREN FEHLENTWICKLUNG

BEZAHLBARE MIETWOHNUNGEN SCHAFFEN

Einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** gefordert. Der Bau bezahlbarer Mietwohnungen müsse endlich mit Nachdruck voran gebracht werden.

Die wohnungspolitische Bilanz nach 19 Jahren unter CDU-Führung sei dramatisch: „Das Angebot nimmt ab, der Bedarf nimmt zu und das Land treibt mit Bodenspekulation die Preise.“

37.000 Wohnungen würden jährlich gebraucht, gebaut wurden 2017 nur 20.000. Davon gerade 582 Mietwohnungen mit Förderung des Landes. „Der Anteil der Sozialwohnungen hat sich unter CDU-Verantwortung mehr als halbiert und Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert.“

Schäfer-Gümbel kritisierte: „Die CDU interessiert sich schlichtweg nicht für Menschen, die zur Miete



MIETWOHNUNGEN MÜSSEN BEZAHLBAR BLEIBEN - DESHALB FORDERT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL EINEN MIETPREISSTOPP BEI DEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN

wohnen. Sie interessiert sich nicht für die Folgen des Wohnungsmanagements und der explodierenden Mietpreise. Sie interessiert sich nicht für die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende kündigte an, eine von ihm geführte Landesregierung werde nach

der Landtagswahl die zersplitterten Zuständigkeiten für Bauen, Wohnen und Landesplanung zusammenführen und aktiv in den Wohnungsbau einsteigen. „Inzwischen zahlen die Familien in unseren Großstädten durchschnittlich 40 Prozent ihres Einkommens nur für die Kaltmiete. Dagegen hilft nur Bauen, Bauen und nochmals Bauen – und zwar öffentlich geförderte Wohnungen.“

Schäfer-Gümbel forderte eine nachhaltige Wohnbau-

politik, um die Preisspirale am Markt zu durchbrechen: Erbbaurechte statt Privatisierung bei der Bebauung von öffentlichem Grund, kommunale Bodenfonds als Elemente der Daseinsvorsorge, die Freigabe von zusätzlichen Landesflächen für den Wohnungsbau und die Bekämpfung von Boden- und Immobilienspekulation.

VERGABEVERFAHREN UNTER DER LUPE

SPD und FDP haben die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchgesetzt, der Vergabeverfahren im Innenministerium unter die Lupe nimmt. Es geht um die Beschaffung einer „Analyse-



software“ namens „Gotham“ für die hessische Polizei und um Abschleppaufträge in Millionenhöhe. Nancy Faeser kritisierte, „Go-

tham“ sei ohne Beteiligung und Information des Parlaments von der US-amerikanischen Firma Palantir Technologies gekauft worden, der beste Verbindungen zu US-Geheimdiensten nachgesagt würden. Dubios sei auch die Erteilung von Aufträgen für das Abschleppen von Fahrzeugen im Auftrag der Polizei, die seit Jahren ohne Ausschreibung, ohne Rahmenvertrag und ohne jeglichen Regeln vergeben würden.

Ausschuss Nummer 12

Keine Landesregierung hat so viele Anlässe für Untersuchungsausschüsse geboten wie die CDU-geführte hessische Landesregierung seit 1999. Jetzt wurde der 12. Untersuchungsausschuss eingesetzt. Große Skandale und Fehler waren immer wieder Thema, zum Beispiel der CDU-Schwarzgeldskandal, das Mobbing von Steuerfahndern, die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Volker Bouffier und das Versagen von Sicherheitsbehörden bei den NSU-Straftaten.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

MASSNAHMEN GEGEN LANDARZTMANGEL GEFORDERT

„Schwarzgrün muss endlich dem Landarztmangel entgegen-treten“, forderte die gesundheitspolitische Sprecherin **Dr. Daniela Sommer**. „Die Hälfte der Hausärzte in Hessen wird in den nächsten zehn Jahren in Ruhestand



gehen. Trotz intensiver Suche nach einer Nachfolge ist diese jedoch in vielen Praxen nicht in Sicht.“ CDU und Grüne reagierten darauf nur mit Ankündigungen, aber ohne Struktur, Strategie und Plan für die Beseitigung des Landarztmangels. Die Abgeordnete forderte eine Bedarfsplanung und kleinere Versorgungsbereiche, um die Zuweisung von Arztsitzen besser und bedarfsgerechter abbilden zu können.



ler. Für einen Erlös von 2,1 Milliarden Euro durch den Verkauf von Ministerien, Polizeipräsidi- en, Finanzäm- tern und Ge- richtsgebäuden müsse man im Endeffekt über 4 Milliarden Euro zahlen. Diese „miesen Geschäfte“ habe alleine die CDU zu verantworten.

WARTEN AUF GLEISE

Die Vorstellung einer sogenann- ten Vorzugstrasse der Deutschen Bahn für die Neu- und Ausbaustre- cke zwischen Fulda und Geln- hausen reicht nach Einschätzung von **Uwe Frankenberger** nicht dazu aus, um gleich von einem Voranschreiten der Verkehrswende zu sprechen, so wie die Grünen es tun. Die ersten Gleise würden erst in eini- gen Jahren verlegt.



„Die Menschen insbesondere im Ballungsraum leiden weiterhin unter überfüllten und verspäteten S-Bahnen und die Autofahrer in Hessen stehen trotzdem weiterhin im Stau“, sagte Frankenberger. Er erinnerte daran, dass die schwarz- grüne Landesregierung erst nach langem Zögern überhaupt bereit gewesen sei, Landesmittel für den ÖPNV bereit zu stellen, die oben- drein längst nicht ausreichend be- messen seien.

DÜMMSTE GESCHÄFTE

Scharfe Kritik an der Privatisie- rungspolitik der CDU-geführten Landesregierung hat **Norbert Schmitt** geübt, der den Ver- kauf und die Rück- mietung von Lan- desimmobilien als die „dümmsten Ge- schäfte, die das Land Hessen je ab- geschlossen hat“, kritisierte: „Der Verkauf von Landesimmobilien und deren sofortigen Rückmietung war ein schwerer und teurer Feh-



NAHVERKEHR STÄRKEN STATT FAHRVERBOTE

Ein besseres ÖPNV-Angebot und eine stärkere Förderung der Elek- tromobilität sind aus Sicht der SPD-Fraktion entscheidende Fak- toren, um Mobilität zu verbessern und Stickoxidgrenz- werte einzuhalten. **Manuela Strube** sagte: „Die SPD steht für ein um- fassendes Investi- tionsprogramm für eine nachhaltige Mobilitätswende. Dazu gehört auch, dass das Land sich mit eigenen Mitteln engagiert und nicht nur Bundesgeld durch- reicht.“ In dieser Hinsicht hätten die CDU-geführten Landesregie- rungen die Verkehrsverbände im Stich gelassen.



Zum Thema Stickoxide und Grenz- werte stellte Strube fest, dass Die- selfahrverbote die Falschen trafen – nämlich die Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich ihre Die- selautos im guten Glauben gekauft hätten, der Umwelt etwas Gutes zu tun. „Das Problem liegt bei den Autoherstellern. Die Industrie ist aus unserer Sicht in der Pflicht, schnell eine Hardware-Nachrü- stung für die betroffenen Fahrzeuge anzubieten und diese auf eigene Kosten durchzuführen.“

GESETZGEBUNG MIT DER BRECHSTANGE

Ein schlecht vorbereitetes Verfassungsschutzgesetz mit weitreichenden Änderungen hat die schwarz-grüne Mehrheit beschlossen. „Gesetzgebung mit der Brechstange“ warf **Nancy Faeser** der Koalition vor.

In schwarz-grünen Kungelrunden habe man sich darauf verständigt, nicht – wie zunächst geplant – dem Verfassungsschutz, sondern der Polizei Online-Durchsuchungen zu erlauben. „Jetzt wird ohne Beteiligung der Fachleute das Polizeigesetz an 29 Stellen umfassend geändert, bis hin zur Sachkundeprüfung für Hundehalter. Weiter kann man sich vom ursprünglichen Gegenstand kaum entfernen.“

Inhaltlich habe sich die Regierungskoalition jedoch nur millimeterweise bewegt, noch immer verweigerten CDU und Grüne eine wirksame parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes.

BUNDESBEHÖRDE FÜR HESSEN

Die Planung der durch Hessen verlaufenden Verkehrswege des Bundes kann nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht von Montabaur und Hannover aus erfolgen. Deshalb braucht Hessen eine eigene Niederlassung der zukünftigen Bundesinfrastrukturgesellschaft. **Uwe Frankenberger** sagte: „Es kann nicht sein, dass Hessen mit dem größten Verkehrsdrehkreuz in Deutschland keine eigene Niederlassung erhält und der Ballungsraum von Montabaur aus gesteuert werden soll.“ Thorsten Schäfer-Gümbel habe sich bereits im Mai in diesem Sinne an Bundesverkehrsminister Scheuer gewandt.



FOTO: ELVEDIN GOLICA

NANCY FAESER, INNENPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION, SOLL BEI EINEM REGIERUNGSWECHSEL INNENMINISTERIN WERDEN. THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL KÜNDIGTE AN, DASS EINE SPD-GEFÜHRTE LANDESREGIERUNG DIE POLIZEI IN DER FLÄCHE STÄRKEN WERDE. IN JEDER POLZEIATION SOLL EINE STREIFE ZUSÄTZLICH RUND UM DIE UHR ZUR VERFÜGUNG STEHEN.

KEINE KRANKENHAUSPLANUNG

Das von der schwarz-grünen Koalition eingebrachte Krankenhausgesetz trägt aus Sicht von **Daniela Sommer** zu wenig dazu bei, eine flächendeckende Versorgung zu sichern. „Der Vorschlag führt weder zu einer Krankenhaussteuerung noch zu einer Krankenhausplanung.“ Es fehle Klarheit. „Ver-

bünde sind richtig und wichtig. Schwerpunktbildung und Spezialisierung können Krankenhäuser stärken, aber es braucht eine noch bessere Unterstützung. Die Investitionspauschalen sind nicht auskömmlich.“ Ungeklärt sei auch, wie die Notfallversorgung konkret geregelt werde.



„Die CDU-Landesregierungen seit 1999 waren in Hessen die größten Schuldenmacher aller Zeiten.“ Diese Bilanz hat **Norbert Schmitt** gezogen. Die CDU habe die Schulden in Hessen mehr als verdoppelt, von 23,7 Milliarden Euro auf 48,3 Milliarden Euro. Der dank guter Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen mögliche Abbau



von je 200 Millionen Euro 2016 und 2017 sei ein „Tropfen auf dem heißen Stein“. Schmitt wies zudem daraufhin, dass die CDU in ihrer Regierungszeit Landesvermögen in Höhe von 2,1 Milliarden Euro verkauft habe, um die Haushaltslöcher zu schließen. Die Ausgaben seien in den 19 Jahren CDU-Regierung ebenfalls explodiert: Sie stiegen von 15,4 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 26,2 Milliarden Euro im Jahr 2018 an.

ANLIEGER ENTLASTEN

Die Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge bleibt für die SPD-Fraktion auf der politischen Agenda. Das hat **Günter Rudolph** betont. Die von Schwarz-Grün beschlossene Neuregelung sei unzureichend und entlaste die Bürgerinnen und Bürger nicht genügend. Die SPD stehe für eine vollständige Abschaffung der Beiträge. Die Kommunen sollten dafür einen finanziellen Ausgleich vom Land erhalten.



ZANKAPFEL STRASSEN-AUSBAUBEITRÄGE - AN EINER GROSSEN DEMONSTRATION FÜR DIE ABSCHAFFUNG DIESER UNGERECHTEN BEITRÄGE ANLÄSSLICH DES CDU-LANDESPARTEITAGS HAT DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION AUF EINLADUNG DER BÜRGERINITIATIVEN TEILGENOMMEN. HEIKE HOFMANN UND ELKE BARTH MACHTEN DIE POSITION DER SPD-FRAKTION DEUTLICH: BEITRÄGE ABSCHAFFEN UND DIE KOMMUNEN GLEICHZEITIG ENTLASTEN.

FOTO: GERT-UWE MENDE

NIEMANDEN AUSSCHLIESSEN

Das Wahlrecht für vollbetreute Menschen hat **Lisa Gnadt** gefordert. „Einem Staatsbürger das Wahlrecht abzuerkennen, ist ein schwerwiegender Eingriff in die Bürgerrechte. Das Kriterium der Vollbetreuung ist für uns kein ausreichender Grund. Wir schließen uns dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen an, der mehrfach das universelle Wahlrecht gefordert und gesetzliche Ausschlüsse für nicht vereinbar mit der Behindertenrechtskonvention erklärt hat.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusel-David, Valeska Fuhr

DOKUMENT DES STILLSTANDS

Der Hessische Landtag hat abschließend über die Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) beraten. **Tobias Eckert** begründete die Ablehnung der SPD-Fraktion: „Der Landesentwicklungsplan ist ein Dokument des Stillstands nach 19 Jahren CDU-geführter Landesregierungen. In der Anhörung wurde breite Kritik von Kommunen und Verbänden am LEP geäußert. Die schwarzgrüne Landesregierung hat nicht die Kraft aufgebracht, ihre Fehler zu korrigieren.“ Die SPD fordere eine Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans, da eine bloße Änderung nicht aus-



reiche, um die unterschiedlichen Entwicklungen und Bedürfnisse in Bezug auf Wohnen und Mobilität in den hessischen Regionen zu berücksichtigen. „Der Ballungsraum braucht im Bereich Wohnen andere Antworten, als der ländliche Raum. Auch das Thema Mobilität muss an die regionalen Besonderheiten angepasst werden. Hier liefert die schwarzgrüne Landesregierung nicht, sondern hält an traditionellen Vorstellungen zur Regionalentwicklung fest“, so Eckert. Es werde Zeit für einen Politikwechsel in Hessen, damit neue Ideen vorangebracht werden könnten.

FOTO: MARTINA HÄUSEL-DAVID